ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lichtenecker, Grünewald, Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

betreffend Vorrang für Forschung, Bildung und Innovation

eingebracht im Zuge der Debatte über die Erklärung des Vizekanzlers und Bundesministers für Finanzen gemäß § 19 Abs. 2 GOG zum Stand der Budgetvorbereitungen

Begründung

Forschung und Bildung sind die Eckpfeiler, um Wohlstand zu sichern, Lebensqualität zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sowie Lösungen und Antworten auf die großen Herausforderungen der Zukunft zu finden (Umwelt, Gesundheit, Energieversorgung, Klimaschutz und demographische Entwicklung). Dazu bedarf es ausreichender Budgetmittel für den Bildungssektor und für Forschung, insbesondere die Energieforschung und die Grundlagenforschung.

Zwei Prozent des BIP für den tertiären Bildungssektor

Österreich hat große Defizite im Bildungsbereich und investiert mit 5,5 Prozent des BIP deutlich weniger in Bildung im Vergleich zu anderen innovativen Ländern. Finnland gibt sechs Prozent für Bildung aus, Schweden 6,4 Prozent und die Schweiz 6,1 Prozent. Auch bei den tertiären Bildungsausgaben liegt Österreich mit 1,3 % des BIP deutlich hinter Finnland (1,7 %), Schweden (1,6 %) und der Schweiz (1,4 %).[1] In einem OECD-Vergleich von 17 Ländern landet Österreich bei der Finanzierung des Bildungssystems auf dem neunten Platz, bei der tertiären Bildung nur auf Rang 14 und bei der Qualität des Bildungssystems sogar nur auf dem drittletzten 15. Platz.[2] Laut Autoren des Forschungs- und Technologieberichts 2009 liegen die Schwächen Österreichs insbesondere beim geringen Anteil hochqualifizierter Menschen.[3] So lag etwa der Anteil der Bevölkerung (25-64) mit tertiärem Abschluss (18 %) im Jahr 2007 weit unter dem internationalen Durchschnitt (OECD 28 %, EU19 24 %, Schweiz 31 %, Finnland 36 %). Selbst wenn die BHS (HAK, HTL, etc.) mit eingerechnet werden (was den OECD Kriterien absolut widersprechen würde), steigt der Wert nur auf 27 %. Innovationsspitzenreiter wie Finnland und Schweden, sowie Japan, Korea, Kanada und die USA erreichen nach dieser erweiterten Berechnungsmethode zwischen 40 und 50 % (FTB 2009). Nur um den OECD Schnitt an Studierenden zu erreichen, bräuchte Österreich etwa 100.000 Studierende mehr.

---

[1] Astor und Heimer (2008), zit. nach: Schibany (2009): *„Das Zusammenspiel von direkter und indirekter Förderung"*

[2] Schibany (2009) „Der hinkende Frontrunner?", Joanneum Research – InTeReg Working Paper #56-2009 (S.6)

[3] Forschungs- und Technologiebericht 2009, siehe http://bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/forschung/publikationen/ftb_2009.pdf

Weiters hat Österreich zu wenig Forscherinnen und Forscher um in die Spitzengruppe der innovativsten Länder Europas aufsteigen zu können. Laut dem von der OECD herausgegebenen Outlook zum Thema Wissenschaft, Technologie und Industrie liegt Österreich mit acht ForscherInnen pro 1.000 Beschäftigte weit hinter den technologischen Vorreitern wie Schweden (13 pro 1.000) oder Finnland (17).[4] Der Grund hierfür liegt unter anderem an den schlechten bzw. prekären Bedingungen für den akademischen Nachwuchs an den Universitäten (befristete Forschungsprojekte, schlecht bezahlte Lehraufträge). Externe Lehrbeauftragte sind kaum fix angestellt und können von ihrer Arbeit oft nicht leben. Sie verdienen im Monat nicht mehr als 300 bis 1300 Euro – je nachdem wie viele Stunden ihr Lehrauftrag umfasst.[5] Kurzzeitverträge, unterdotierte Forschungsförderungs-strukturen, Sparen auf Kosten von Planstellen und rigide Hierarchien stellen vor allem für Frauen in der Wissenschaft erhebliche Hürden dar. Die Lage von NachwuchsforscherInnen ist derart schlecht, dass viele junge wissenschaftliche Talente abwandern und den Universitäten den Rücken kehren. Österreich verliert damit seine wertvollsten Talente.

Doch anstatt die Bedingungen im tertiären Bildungssektor zu verbessern und die Universitäten durch progressive Studienplatzfinanzierung auszufinanzieren, werden die Universitäten ausgehungert. Während die deutsche Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren Investitionen in Forschung und Bildung um 12 Milliarden Euro erhöht, sollen die entsprechenden Ausgaben in Österreich bis 2014 dramatisch gekürzt werden. Das entsprechende Bundesfinanzierungsgesetz wurde am 19. Mai 2010 mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen. Tatsächlich braucht Österreich bis 2014 kumulativ zwei Milliarden Euro mehr für Bildung; je eine Milliarde für die Schulen und den tertiären Bildungssektor.

Als Folge fallen die heimischen Universitäten in internationalen Rankings immer weiter zurück. Die Uni Innsbruck belegt im „Times Higher Education World University Ranking" (2010) als beste österreichische Hochschule den 187. Platz. Die Uni Wien belegt dieses Jahr nur mehr den 195. Platz und stürzte somit in den vergangenen Jahren geradezu ab (2007: 85, 2008: 115, 2009: 132). Alle anderen österreichischen Universitäten liegen noch weiter zurück und sind nicht unter den besten 200 Universitäten gelistet. Im Gegensatz dazu haben die meisten Universitäten in der Schweiz und Deutschland sowie asiatische Unis zugelegt und auch osteuropäische Universitäten haben sich verbessert.[6]

Die Zahl der Publikationen ist in Österreich mit ca. 4.800 deutlich geringer als etwa jene der Schweiz mit ca. 9.200. Zudem gibt es in Österreich gemessen an den Zitationen lediglich zwölf Spitzenwissenschafter, während in der Schweiz 103 Forscher stark zitiert werden.[7] Österreich läuft damit Gefahr den Wettbewerb um talentierte Köpfe zu verlieren.

---

[4] OECD (2008), Science, Technology and Industry Outlook 2008, http://www.oecd.org/dataoecd/17/31/41558977.pdf

[5] Heuraka – Wissenschaftsmagazin des Falter Nr. 3/10, S. 18

[6] Siehe APA-Meldung vom 8. September 2008, sowie http://www.timeshighereducation.co.uk/world-university-rankings/2010-2011/top-200.html

[7] Forschungs- und Technologiebericht (2009), S. 95

Es bedarf dringend einer umfangreichen Reform des tertiären Bildungssektors inklusive substantiell höherer Budgetmittel von mittelfristig zwei Prozent des BIP. Nur durch eine Qualitätsoffensive und entsprechende Ressourcen können die besten Köpfe in Österreich gehalten werden und Österreich für Forscherinnen und Forscher aus der ganzen Welt attraktiv werden. Zudem muss es einen Plan für die Forschungsfinanzierung geben. Denn Forschung braucht Planbarkeit und Sicherheit!

Forcierung der Energieforschung

Um eine Halbierung der CO2-Emissionen bis zum Jahr 2050 zu erreichen, wie im Kyoto-Folgeprozess vereinbart, bedarf es laut Vizechef der Internationalen Energieagentur Richard Jones nichts weniger als einer „Revolution" im Energiebereich.[8] Seiner Ansicht nach erfolge der Umstieg auf erneuerbare Energien viel zu langsam. Um die Energiewende zu schaffen, müssten die Regierungen wirkungsvolle Maßnahmen der Technologiepolitik entwickeln. Dazu bedürfe es „solide[r] Grundlagen und Rahmenbedingungen, auf denen andere Akteure in der Wirtschaft aufbauen können. Nur durch den technologischen Lernprozess über Forschung, Entwicklung, Anwendung und Markteinführung können ihre Kosten gesenkt werden, damit der Einsatz dieser Technologien wirtschaftlich wird ..."[9] Auch die OECD mahnt die Regierungen seit Jahren effizienter mit Rohstoffen und Energie umzugehen. Die Förderung 'grüner' Industriezweige würde nicht nur die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung beflügeln und Arbeitsplätze schaffen. Entsprechend wird den Regierungen empfohlen mehr in die Förderung von Grundlagenforschung zu Energiethemen und von umweltschonenden Innovationen zu investieren.[10]

Zudem soll der Anteil erneuerbarer Energien von 23 Prozent (2005) auf 34 Prozent im Jahr 2020 erhöht werden. Um diese EU-Zielvorgaben zu erfüllen bedarf es enormer Anstrengungen. Während Regierungsvertreter Energieeffizienz, erneuerbare Energie und Elektromobilität beschwören, ist die Realität ernüchternd. So weist auch der Forschungsrat in der im Auftrag des BMVIT erstellten 'Energieforschungsstrategie des Bundes e2050' auf die bekannten Schwächen Österreichs hin:[11]

- Zu wenig Grundlagenforschung im Energiebereich.
- Wechselnde und unzufrieden stellende Voraussetzungen für erneuerbare Stromtechnologien (Reduzierte Chancen durch geringen Heimmarkt) - Stichwort Ökostromgesetz

---

[8] IEA fordert „Revolution", http://news.orf.at/090921-42793/, 22. September 2009

[9] IEA (2010): „Energietechnologische Perspektiven 2010"

[10] OECD – Green Growth : Overcoming the Crisis and Beyond, (2009), OECD – Erklärung der Minister im Juni 2009 : Declaration on Green Growth

[11] BMVIT (2010): „Energieforschungsstrategie des Bundes e2050", http://energieforschungsstrategie.at

- Im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Forschungsmittel der öffentlichen Hand.

Tatsächlich gab die öffentliche Hand im Jahr 2009 gerade einmal 0,03 Prozent des BIP für Energieforschung aus und liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15. Vergleichbare Volkswirtschaften wie die Niederlande, Dänemark und Schweden wenden für Energieforschung ein Vielfaches auf – und das seit Jahren! Um noch Chancen in Zukunftsfeldern wie z.B. solar cooling, smart grids, intelligente Logistiklösungen, bis hin zu neuen Produktionsprozessen und Technologien, zu haben, brauchen wir rasch eine Erhöhung der jährlichen Energieforschungsausgaben auf 120 Millionen.

Klares Bekenntnis und Ressourcen zur Grundlagenforschung

Grundlagenforschung ist die Basis von radikalen Innovationen und trägt dazu bei, wissenschaftlichem Nachwuchs an den Universitäten Perspektiven zu bieten. Während für unternehmensnahe Forschung immer mehr Geld ausgegeben wird, fehlt es bei der Grundlagenforschung an allen Ecken. Laut Statistik Austria ist die staatliche Finanzierung von F&E im Unternehmenssektor in den Jahren 2002 bis 2007 um 185 Prozent gestiegen, diejenige im Hochschulsektor dagegen nur um 25 Prozent![12] Der relative Anteil der Grundlagenforschung an den gesamten Forschungsausgaben ist damit gesunken.[13] Der FWF schreibt: „Während im internationalen Vergleich die Grundlagenforschung meist als Weg aus der Krise erkannt wurde und die Forschungsförderung bis zu zweistellige Prozentzuwächse verzeichnen konnte, musste der FWF in Österreich einen Rückgang des Gesamtforschungsaufwandes um 19 % und den größten Einbruch der Bewilligungssumme in seiner über 40-jährigen Geschichte hinnehmen" (FWF-Info 1/2010). Heute liegt das FWF Budget signifikant unter jenen vergleichbarer Förderorganisationen der Schweiz und Deutschlands. „Mit 0,44 Prozent Anteil der Ausgaben für Grundlagenforschung am BIP liegt Österreich weit hinter den ‚Innovation Leaders' und unter dem Durchschnitt von EU und OECD" (FWF Jahresbericht 2009, S. 9). Während in Finnland oder der Schweiz über 50 Euro pro EinwohnerIn in Grundlagenforschung investiert werden, sind es in Österreich lediglich 17,5 Euro.[14]

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

[12] Info – Das Magazin des Wissenschaftsfonds, Ausgabe 2/10, siehe http://www.fwf.ac.at/de/public_relations/printprodukte/info/info73-10-02.pdf (S. 8)

[13] FWF Jahresbericht 2009, S. 9. - siehe auch die Stellungnahme der österreichischen Forschungsgemeinschaft zur Strategie 2020 des RFTE und zur Erarbeitung einer österreichischen Forschungsstrategie. http://www.oefg.at/text/stellungnahmen/Stellungnahme_Strategie2020.pdf

[14] APA vom 26. März 2010 von Kurt Grünewald, https://www.parlament.gv.at/pd/apa/apadok/O26/0326_OTS209.html

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ein Maßnahmenpaket mit den folgenden Inhalten vorzulegen:

- Stufenplan zur Erreichung von zwei Prozent des BIP für den tertiären Bildungssektor bis 2015,
- Plan zur Erhöhung der Grundlagenforschung auf ein Prozent des BIP,
- verbindliche Strategie für die künftige Forschungsfinanzierung, um Planungssicherheit zu schaffen,
- Erhöhung der jährlichen Ausgaben für Energieforschung auf 120 Millionen Euro."